

Liebe Genossinnen und Genossen,

das Jahr 2013 ist ein Jahr der Entscheidungen. Wir befinden uns an einer Weggabelung. Im fünften Jahr der verheerenden Finanzkrise stehen wir vor der Wahl, ob wir uns weiterhin dem Diktat der Banken beugen und damit ein Spielball der Finanzindustrie bleiben wollen, oder ob wir den Mut besitzen, einen neuen Weg einzuschlagen. Geht es nach Schwarz-Gelb, bleibt alles wie gehabt und der aktuelle Kurs wird fortgesetzt. Die fatalen Konsequenzen, das ist bereits heute ersichtlich, wären die Verschärfung der sozialen Ungerechtigkeit und eine anhaltende, ja eine zunehmende Spaltung unserer Gesellschaft. Das aber dürfen wir nicht zulassen, denn die Schere zwischen Arm und Reich klafft schon zu weit auseinander. Die gegenwärtige Entwicklung schadet nicht allein der heutigen Generation, sondern auch den nachfolgenden. Ein Land, in dem die Chance auf eine gute Ausbildung, eine Ausbildung mit Perspektiven, vom Geldbeutel und dem sozialen Status der Eltern abhängt, setzt seine Zukunft aufs Spiel. Die jüngst veröffentlichten Studien über den Anstieg der Kinder- und Altersarmut sind schlicht beschämend. In dieser Situation ist jede Bürgerin und jeder Bürger dieses Landes gefordert. Solidarität ist das Gebot der Stunde. Ist es gerecht, den Hauptteil der Steuer- und Abgabenlast auf die Schultern derer zu verteilen, die ohnehin am meisten unter den Auswirkungen der Finanzkrise leiden? Im Gegenteil, es ist verantwortungslos und erschüttert die Demokratie in ihren Grundfesten. Längst wäre es an der Zeit gewesen, Besserverdienende stärker in die Verantwortung zu nehmen. Eigentum verpflichtet! Aus diesem Grund fordern wir vehement die Einführung einer Reichensteuer – denn ohne Steuergerechtigkeit ist soziale Gerechtigkeit nicht denkbar. In wirtschaftlich schwierigen Zeiten gilt es umso mehr, Ungleichheiten aufzuheben (Das schließt die finanzielle und rechtliche Gleichstellung der Frau mit ein). Meine Damen und Herren, die aktuelle Bundesregierung hat nicht nur in dieser Hinsicht eine katastrophale Bilanz vorzuweisen. Sie hat sich auch im Bereich der Arbeitsmarktpolitik ein Armutszeugnis ausgestellt. Glaubt man den Statistiken, ist die Arbeitslosigkeit im Jahr 2012 zwar erneut gesunken; doch können mathematische Zahlenspiele nicht die Lebenswirklichkeit der Menschen abbilden. Und diese steht leider allzu oft im Zeichen von Kurz- und Leiharbeit, befristeten Verträge und einer ungesicherten Zukunft. Millionen Erwerbstätige in diesem Land verdienen nicht genug, um ein menschenwürdiges Leben führen zu können. Das ist, um es in aller Deutlichkeit zu sagen, ein Skandal! Es darf nicht sein, dass ehrliche Arbeit systematisch unter Wert verscherbelt wird. Wir wollen dem Sozialabbau Einhalt bieten und dem Lohndumping ein Ende setzen. Ein erster Schritt in diese Richtung wäre die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns, wie er in vielen Ländern Europas bereits gang und gäbe ist. Nur eine Steigerung der Reallöhne wird dazu führen, dass der viel beschworene Aufschwung auch beim Fabrikarbeiter und der Krankenschwester ankommt und nicht auf den Konten der oberen Zehntausend versandet.

Die Regierung hat es versäumt, die brennende soziale Frage in angemessener Weise zu beantworten. Vier Jahre lang hat sie es vorgezogen, fragwürdige Entscheidungen zu treffen, um von den eigentlichen Problemen dieses Landes abzulenken. Das dürfen wir nicht unkommentiert lassen. Wir wehren uns dagegen, dass verdiente Bundestagsabgeordnete wie Gregor Gysi jahrelang vom Verfassungsschutz beobachtet wurden, während zur gleichen Zeit mordende Neonazis ihr Unwesen trieben. Wir wehren uns gegen eine Zensur des Internets, da damit zwangsläufig eine Einschränkung der Grund- und Freiheitsrechte einherginge. Eine Demokratie kann sich Maulkörbe und Denkverbote nicht leisten! Wir wehren uns gegen den Lobbyismus der Pharmaindustrie, denn die Gesundheit und das Wohlergehen der Menschen steht immer über dem Profit. Jedem Menschen gebührt das Recht auf Arbeit, eine angemessene medizinische Versorgung und ein gesichertes Auskommen – bis ins hohe Alter.

Mit ihrer unsozialen Politik hat die schwarz-gelbe Koalition die Interessen der Bevölkerung verraten, und es wäre konsequent, wenn sie dafür die Quittung erhielte. Wer ständig um sich selbst kreist und am laufenden Band Minister verschleißt, ist nicht in der Lage, eine stabile Regierung zu führen – und wir brauchen eine stabile Regierung, um die gegenwärtigen Krisen bewältigen zu können. Die Linke ist daher eine echte Alternative. In vielen Fragen hat sie den politischen und gesellschaftlichen Konsens vorweggenommen: Wir waren eine der ersten Parteien, die sich konsequent für den Umweltschutz und gegen den Raubbau an den Ressourcen der Erde eingesetzt haben. Wir waren lange Zeit die einzige Partei, die sich konsequent gegen den sinnlosen Krieg in Afghanistan ausgesprochen hat. Und wir werden uns auch den aktuellen Herausforderungen stellen, unabhängig handeln und den Mut besitzen, die richtigen Entscheidungen zu treffen. Mit Ihrer Unterstützung werden wir erfolgreich sein.

Ich bin in vielerlei Hinsicht als eine Randgruppe deklariert worden. Sei es als Körperbehinderter mit 90% oder sei es als Deutscher mit Migrationshintergrund. Es wird aber vergessen, dass die Deutschen mit Migrationshintergrund einen erheblichen Teil der Bevölkerung ausmachen.

Lasst mich bei der Listenplatzwahl nicht allein.

Nur mit eurer Hilfe können wir etwas bewegen.

Ayhan

(Zorlu Ünal)